

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsgesellschaft Bocholt
Postvertrieb: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 112

Dienstag, den 26. April 1938

Jahrgang 1938

Tschechoslowakische Probleme.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

v. W. Berlin, 24. April.

Den Friedensvertrag der ungerechten Grenzveränderungen möchte man das Verfallene Diktat nennen. Mit einem unerbittlichen Jünglings haben damals die sogenannten Siegermächte jenes Widerstandsproblem mißachtet, das sie als heiligste Forderung auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Der außerordentlich geschickte Politik des Führers ist es zu danken, daß auch in dieser Hinsicht eine Beruhigung in Europa eintrat — nachdem Österreich zum Reich heimkehrte. Und es ist nur zu begrüßen, daß jene Staaten, in deren Grenzen sich starke deutsche Minderheiten befinden, sich ihren Pflichten bewußt werden.

In der Tschechoslowakei stehen die Gemeindegemeinden bevor. Es ist selbstverständlich, daß diese Wahlen das größte Interesse in der Welt finden, denn die Tschechoslowakei ist kein Staat der Tschechen, sondern ein Staat, in dem die verschiedensten Völker zusammenwohnen. Wie ist überhaupt das tschechoslowakische Reich gebildet worden? Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat sich in den letzten Tagen mit dieser Frage beschäftigt. „Als es gegen Kriegsende“, sagt er, „den tschechischen Agitatoren im Ausland gelungen war, die Entente für die neue Staatsgründung zu gewinnen und vor allem Wilson durch Makart in ihrem Sinne zu beeinflussen, schickten sie sich besonders auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie gewannen damit auch die Slowaken für ihre Pläne und konnten nun auf zwei slavische Völker hinweisen, die bisher angeblich unter dem Druck einer Fremdherrschaft standen und nun ihre Selbstbestimmung verlangten. Die Einbeziehung der Slowaken war für die tschechischen Unterhändler von unermesslichem Wert. Sie waren die Hauptstütze bei der ausstehenden Agitation in Amerika. Die vielen tschechischen Agitatoren in Amerika lebten und oft recht begüterten Slowaken haben sich mit größtem Eifer und finanzieller Opferbereitschaft den Plänen Makart zur Verfügung gestellt. So wurde schließlich — es ist nun gerade zwanzig Jahre her — in Pittsburgh ein Vertrag zwischen den tschechischen und slowakischen Unterhändlern abgeschlossen, in dem sich die Partner darauf einigten, einen eigenen, gemeinsamen Staat zu gründen. Die Tschechen verpflichteten sich, den Slowaken nach Ablauf von zehn Jahren die Autonomie, eigene Verwaltung und einen eigenen Landtag zu gewähren.“

Heute fordern die Slowaken den Einbau des Wittenburger Vertrages in die Verfassung. Sie sind bekanntlich von den Tschechen bisher schwer getäuscht worden. Die Tschechen hielten keine der ausgesetzten Bedingungen. Vielmehr versuchten sie, die Slowaken zu tschechisieren. Wie in die deutschen, ihnen angefallenen Lande, so entlockten sie auch nach der Slowakei das Meer ihrer Beamten, ihrer Polizisten und Lehrer. Durch den Terror, mit dem die Tschechen vorgehen, kam es, daß heute die Slowaken neben den Deutschen leben, und daß der alte Vater Plinka gemeinsam mit Konrad Henlein für die Erhaltung des Volkstums der unterdrückten Völker kämpft. Die Gesetze, die in Prag in Vorbereitung sind, das Nationalitätenstatut und die Gesetze, die die Slowaken betreffen sollen, werden keinesfalls die Zustimmung der Minderheiten finden, wenn sie nicht abgeändert werden. Bei den Deutschen in der Tschechoslowakei erwartet man die weitere Entwicklung der Verhältnisse mit größter Spannung. Wenn sich selbst die tschechische Presse zu dem Satz durchgerungen hat, daß das Minderheitenrecht nicht nur ein Aushängeschild werden darf, so kann man erwarten, daß jetzt Prag die nur zu berechtigten Wünsche der Deutschen, der Slowaken, der Ungarn, der Ruthenen und der Polen erfüllen muß, stehen doch mehr als 7 Millionen Nichttschechen 7 Millionen Tschechen gegenüber.

Gewiß hat Konrad Henleins Rede auf der Hauptversammlung der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad klärend gewirkt, aber der Hauptpunkt ist doch die endliche Erfüllung der deutschen Wünsche und der Wünsche der anderen in diesem Staat lebenden bisher unterdrückten Völker. „Angenommen“, äußert sich das „Berliner Tageblatt“ in einem Artikel, „die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen wären die einzigen Deutschen auf der Welt. Es wären immer noch mehr, als es z. B. Norweger oder Litauer gibt. Könnten sie dann nicht, für alle Welt verständlich, sich mindeten von dem Recht auf jene Autonomie brechen, die Prag den zahlenmäßig geringeren Slowaken und die Minderheiten der anderen Völker zu sichert (ohne daß Prag allerdings diese Autonomie bis heute verwirklichte)? Nun hören aber die Sudetendeutschen nach einem Naturgesetz, das sich der Politik entzieht, zu einem großen Volk. Ist das eine himelstürzende „Schand“, ihnen das zu verlangen, was als Recht der kleinen Völker heilig ist? Diese Betrachtung führt in das Gebiet der Moral. Prag verweigert seit zwanzig Jahren bei jedem Anlaß, daß dort keine Stärke liege. Dann lasse es sich auch davon keine Politik diktieren.“

Bürckel zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich ernannt.

Unmittelbar dem Führer unterstellt. — Schreiben des Führers an Seyß-Inquart.

Der Auftrag läuft bis zum 1. Mai 1939.

DNB Berlin, 25. April.

Amlich wird nachstehender Erlass des Führers und Reichsänglers über die Bestellung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich bekanntgegeben.

Artikel 1.

Zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich bestelle ich den Gauleiter Bärkel-Saarpfah.

Artikel 2.

Der Reichskommissar hat für den politischen Aufbau und die Durchführung der kulturellen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiedervereinigung Österreichs in das Deutsche Reich zu sorgen.

Artikel 3.

Der Reichskommissar hat seinen Dienst in Wien. Er untersteht mir unmittelbar und hat seinen Auftrag nach meinen Weisungen bis zum 1. Mai 1939 zu erfüllen. In diesem Tage endet sein Auftrag.

Artikel 4.

Der Reichskommissar ist befugt, den Dienststellen des Reiches im Lande Österreich, den Dienststellen des Landes Österreich und der ehemaligen österreichischen Bundesländer sowie den Dienststellen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen Verbände im Lande Österreich Weisungen zu erteilen. Er kann die Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten im Lande Österreich ausüben.

Der englisch-irische Friedensschluß.

Vereinbarungen über die Fragen der Verteidigung, der Finanzen und des Handels.

Beseitigung aller Kampfmaßnahmen auf beiden Seiten.

London, 25. April.

Das am Montag in London unterzeichnete englisch-irische Abkommen umfaßt eine Regelung von drei Fragen: 1. Ein Verteidigungsabkommen, 2. ein Finanzabkommen und 3. ein Handelsabkommen.

Das Verteidigungsabkommen sieht vor, daß die britische Regierung das Eigentum und die Rechte der britischen Admiralität in den irischen Häfen Borehaven, Queenstown und Lough Swilly der irischen Regierung zurückgibt. Die Übergabe soll bis zum 31. Dezember dieses Jahres erfolgen.

Das Finanzabkommen sieht vor, daß die irische Regierung einen einmaligen Betrag von 10 Millionen Pfund Sterling an Großbritannien zahlt. Mit der einmaligen Zahlung dieser Summe sollen sämtliche Ansprüche Großbritanniens gegen Irland abgegolten sein. Nicht berücksichtigt durch dieses Abkommen wird jedoch die jährliche Ent-

schädigungszahlung von 250 000 Pfund der irischen Regierung, die im Jahre 1925 festgelegt wurde. Das Finanzabkommen sieht weiter die Abschaffung der Sonderzölle vor, die in Irland auf englische Waren und in Großbritannien auf eine Reihe irischer Waren eingeführt worden war. Das Abkommen sieht also mit anderen Worten eine völlige Beseitigung aller Kampfmaßnahmen auf beiden Seiten vor.

Das Handelsabkommen sieht die freie Einfuhr irischer Güter nach Großbritannien vor, mit Ausnahme einer Reihe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die aber eine ähnliche Vorzugsbehandlung genießen, wie Waren aus den Dominien. Die irische Regierung läßt englische Waren frei herein und verpflichtet sich, die Zölle auf eine Reihe von Waren herabzusetzen und eine Reihe von Schutzzöllen zu erheben. An die Stelle der bisherigen Handelsregelung tritt also ein Vertrag getreten, der in großen Zügen der Vorzugsbehandlung der Dominien durch Großbritannien entspricht. Die bisherige Kontingentierung der britischen Kohleneinfuhr nach Irland fällt fort.

Rudolf Heß — das Gewissen der Partei.

Berlin, 25. April.

Am morgigen Dienstag sind es 44 Jahre her, seitdem in Alexandria (Ägypten) Rudolf Heß als Sohn einer deutschen Kaufmannsfamilie geboren wurde. Vielleicht mag es bezeichnend sein, daß gerade er — von früherer Kindheit mit dem größeren Weltbild des Auslandsbegriffes begabt und erzogen — heute der Träger einer der weitestreichsten Aufgaben der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist. In treuer und unermüdlicher Arbeit hat er den Führer von den frühesten Anfängen des Nationalsozialismus an begleitet, und ihm war es vom Schicksal bestimmt, auch während der schwersten Stunden in der unmittelbaren Umgebung des Führers zu sein. Stunden, die Hoffnungen und Pläne jenseits werden liegen, aber auch immer wieder den entschlossenen Willen zur Weiterführung des Kampfes in sich tragen. Gerade in diesen Augenblicken ist Rudolf Heß dem Führer innerlich am nächsten getreten. In stiller Arbeit und unbeachtet von der großen Öffentlichkeit hat Rudolf Heß in den langen Jahren der Kampftätigkeit seine Aufgabe erfüllt, sie geklärt und selbstlos gelöst.

Jedem hat ihn einmal das Gewissen der Partei genannt. Wer diesen Mann hat sprechen hören oder selbst in seiner Umgebung weilen durfte, der empfand immer wieder diese Atmosphäre der vollkommenen Aufrichtigkeit. Nicht in leeren Worten gelebte Hingabe, sondern ehrliche Anteilnahme an Menschen und Dingen, das sind die bezeichnendsten Merkmale des Mannes, der

heute als Stellvertreter des Führers an der Spitze des gesamten Führerkorps der nationalsozialistischen Bewegung steht. Auf Anordnung des Führers und Reichsänglers hat Rudolf Heß zur Sicherstellung der Führung des Staates durch die Partei das Recht erhalten, selbst oder durch von ihm bestellte Referenten an der Bearbeitung von Angelegenheiten sämtlicher Reichsreferate teilzunehmen. Seine Dienststelle ist das lebendige Bindeglied zwischen dem Staatsapparat einerseits und dem in der Partei verkörpert und von der Partei vertretenen Volkswillen andererseits.

Evangelische Gottesdienstordnung für den 1. Mai

DNB Berlin, 25. April.

Der Leiter der deutschen evangelischen Kirchenleitung und Präsident des evangelischen Oberkirchenrates, Dr. Werner, hat die Obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen ersucht, für Sonntag, 1. Mai, folgende Gottesdienstordnung vorzunehmen:

Da der Nationalfeiertag des deutschen Volkes in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, ist es erforderlich, daß die Gottesdienste an diesem Tage so gelegt werden, daß sie nicht mit den von Staat und Partei veranstalteten Feiern zeitlich zusammenfallen. Es ist deshalb zweckmäßig, daß am Sonntag, 1. Mai, die Gottesdienste einheitlich von 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr stattfinden. Durch diese Festlegung wird ermöglicht, daß alle Gottesdienstbesucher am Staatsfest und den übrigen Veranstaltungen teilnehmen.



General Krauß feiert seinen 76. Geburtstag. Der Held von Karfreit und Führer aller Soldatenverbände in Österreich, General der Infanterie Alfred Krauß, begeht am 26. April seinen 76. Geburtstag. Weltbild (M).

vollziehenden Rechtsangleichung und Rechtsanpassung maßgebend mitwirken und für die Rechtsanpassung und die Partei mit ihnen zu prüfen, ob und wann das deutsche Recht auf den veränderten Rechtszustand in Österreich eingeführt werden kann. Ihre Aufgabe wird es sein, als mit der Führung der österreichischen Landesregierung beauftragter Reichshalter, das neue Recht in Österreich durchzuführen. Wenn nach Jahresfrist die Wiedervereinigung Österreichs in das Deutsche Reich im wesentlichen vollendet sein wird, werde ich Sie zum Mitglied der Reichsregierung ernennen, damit Sie dann an dieser Stelle weiter für Österreich im Großdeutschen Reich wirken können.

(ges.) Adolf Hitler.

Osterruhe in Österreich verlängert.

DNB Wien, 25. April.

Der Beauftragte des Führers für die Rechtsanpassung in Österreich, Bärkel, erläßt folgende Bekanntmachung:

„Die Regelung der personellen und organisatorischen Angelegenheiten in Österreich macht die Verlängerung der Osterruhe bis 10. Mai 1938 notwendig. Bis zu diesem Termin werden alle Vorbereitungen ihren Abschluß gefunden haben. Von den Wahlleitungen sind bis zu diesem Termin die ordentlichen Mitglieder der NSDAP parteimäßig zu ernennen. Es ergeben hierüber umgehend besondere Anweisungen.“

Städtegründer Mussolini.

Feierliche Grundsteinlegung zum Rathaus des neuen Siedlungszentrums Pomezia.

DNB Rom, 25. April.

Mussolini legte am Montagmittag in Anwesenheit von Mitgliedern der Regierung und Vertretern der Partei und ihrer Gliederungen den Grundstein zum Rathaus des neuen Siedlungszentrums Pomezia. Der Feiertag wurde ferner in der ganzen Stadt gefeiert. Am Morgen wurden von einer nach vielen Tausenden zählenden Menge, darunter zahlreiche aus der Umgebung zugekommene Siedler, römische Rundgebäude dargestellt.

Bei der Grundsteinlegung für das Rathaus des neuen Siedlungszentrums Pomezia hielt Mussolini eine kurze Ansprache, in der er betonte, daß für alle Bauern Italiens, von den Alpen bis nach Sizilien — und er selbst rühmte sich, ein Bauer zu sein — heute ein Festtag sei. „Es wird das fünfte Siedlungszentrum jener pontinischen Sümpfe und römischen Niederungen sein, die die Kräfte Eurer Hände und unser Willen nimmend der Natur abgerungen haben.“ Es bedürfte keiner langen Rede, denn Tatsachen seien immer beredter als Worte. „Grundsteinlegung“, so schloß Mussolini unter dem tosenden Beifall der Massen, daran, daß das Eisen der Schweißarbeit und der Flügel mehr wert ist und mehr bleiben wird als Worte.“

Die römische Abendpresse steht ganz im Zeichen dieser neuen Siedlungsgründung, die, wie der Direktor des „Giornale d'Italia“ betont, eine weitere Etappe jener unermüdeten friedlichen Schlacht des Faschismus zur Urbarmachung des Reiches darstelle. Auch dieser weitere entscheidende Abschnitt jenes großen Werkes, das als die mittelmittelalterliche Rom umjunkt zu lösen versucht hätten, werde innerhalb der vorgedachten Fristen vollendet sein und am 29. Oktober 1939 seiner Bestimmung übergeben werden.

